

ingeborg dummer **gerechte verteilung!?!**

mit langem atem zu mehr
sozialer gerechtigkeit



VSA

eine flugschrift

ingeborg dummer
gerechte verteilung!?!

Ingeborg Dummer ist pensionierte Sozialwissenschaftlerin, lebt in Berlin. 1997 erschien von ihr bei VSA: *Die Arbeitskraft – eine Ware? Eine werttheoretische Betrachtung*.

ingeborg dummer

gerechte verteilung!?!

mit langem atem zu mehr sozialer gerechtigkeit

eine flugschrift

VSA: Verlag Hamburg

© VSA: Verlag 2012, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck- und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg
ISBN 978-3-89965-544-5

Inhalt

Vorbemerkung	7
1. Die Reformdiskussion ist vielfältig	9
2. Wovon sollte eine Idee für gerechte Verteilungsverhältnisse in einer sozialistischen Gesellschaft ausgehen?	17
3. Beginnen wir mit dem Lohnsystem!	19
Wo liegt der Ursprung des Lohnsystems und wie hat es sich in der Geschichte entwickelt?	19
Die Entwicklung des Lohnsystems in Deutschland bis 1945	23
Die Lohn- und Tarifpolitik im westlichen Teil Deutschlands und der BRD von 1945 bis 1990	27
Wie sah es mit dem Lohn- und Tarifsystem in den Ländern des Realsozialismus aus?	33
Die Verteilungsverhältnisse in der DDR	35
Wie haben sich die Verteilungsverhältnisse im vereinigten Deutschland entwickelt?	40
Fazit zum Lohnsystem	46
4. Was verstehen wir unter dem sozialistischen Ziel und wie kann die Verteilung auf dieses Ziel hin wirken?	52
Worin liegt die besondere Bedeutung der Erwerbsarbeit heute und in der Zukunft?	56
Eine alternative Gesellschaft braucht eine neue Motivation	60

5. Was hat die Verteilung der Einkommen mit der Werttheorie von Karl Marx zu tun?	65
Was ist überhaupt unter dem Wert zu verstehen?	65
Wie verhält es sich mit dem Wert der Arbeitskraft?	68
Gegen die Verwechslung von Arbeit und Arbeitskraft	69
Zur Stellung der Arbeitskraft im Zirkulationsprozess	71
6. Wie verhält sich der Wert der Arbeitskraft zur Gerechtigkeit?	75
7. Einige Schlussfolgerungen für die Gestaltung eines sozialistischen Systems der Verteilung	81
Literatur	89

7. Einige Schlussfolgerungen für die Gestaltung eines sozialistischen Systems der Verteilung

Es gibt sicher mehrere Wege zu einer nichtkapitalistischen Gesellschaft. Die sehr unterschiedlichen Bedingungen in den verschiedenen Ländern ergeben unterschiedliche Möglichkeiten, die Macht des Kapitals zu überwinden.

Wir können daher sowohl auf die für uns bedeutsamen Lehren des Realsozialismus, speziell der DDR, zurückgreifen, haben dabei aber auch die Erfahrungen Chinas mit der »sozialistischen Marktwirtschaft«, die Wandlung des Sozialismus in Kuba zu einer offeneren, marktkonformen und demokratischen Gesellschaft sowie auch die Bemühungen zum Aufbau einer nichtkapitalistischen Gesellschaft in Bolivien und Venezuela im Auge.

Mir scheint, dass man heute bereits aus den angeführten Beispielen die Lehre ziehen kann, dass auch eine alternative, nichtkapitalistische oder sozialistische Gesellschaft auf Dauer nicht anders existieren kann als auf der Grundlage der Arbeitsteilung, des äquivalenten Warenaustauschs, der – vermittelt über Markt und Geld – den ständig benötigten Strom von zirkulierenden Warenwerten hervorbringt und damit das Leben und die Entwicklung der Menschen sichert. Damit wird auch der Austausch von Waren und Arbeitskraft mittels Geld eine notwendige Grundlage des gesellschaftlichen Lebens sein. Voraussetzung dafür, dass sich dieser Prozess auf das Wohl der Menschen richtet, ist die Dominanz gesellschaftlichen bzw. gemeinschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln. (siehe Steinitz 2012: 47ff.)

Aus der Ökonomie des Kapitals muss eine »Ökonomie der Arbeit« oder eine »Ökonomie der Arbeitskraft« werden. Ja, es könnte aus dieser Umkehrung ein neues Zeitalter werden, das »Zeitalter des Arbeitsvermögens«, wie es Friedhelm Hengsbach nennt: »In diesem Zeitalter werden Gesellschaft, Wirtschaft und Politik grundsätzlich von dem Zentralproblem her bestimmt, die Arbeitsvermögen der Einzelnen auszubilden, zu pflegen und zu nutzen sowie die mit diesem Arbeitsvermögen verbundenen Rechte anzuerkennen. Dieses Zeitalter wird gleichzeitig ein Zeitalter der öffentlichen Güter und maßgeblich durch die Arbeit der Menschen an Menschen, an ihrer Gesund-

heit, Bildung und kulturellen Entfaltung geprägt sein.« (Hengsbach 2002; siehe auch: Lieber 2006: 20)

Die Erfahrungen des Realsozialismus machen deutlich, dass die Arbeitskraft auch bei staatlichem Eigentum an Produktionsmitteln ökonomischen Wert besitzt, der mit dem Lohn anerkannt werden muss. Das trifft auch zu auf kommunales, genossenschaftliches oder anderes gesellschaftliches Eigentum. Bei den verschiedenen Formen des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln tauscht sich die einzelne Arbeitskraft entweder mit der gesamten Gesellschaft oder mit einer Gruppe von Menschen aus, der sie selbst angehört. Sie wird nicht mehr von einem anderen Menschen, dem Kapitaleigentümer, oder einer Kapitalistengruppe gekauft, wie jede andere Ware. Die Arbeitskraft verliert deshalb bei gesellschaftlichem Eigentum an Produktionsmitteln den Charakter einer Ware, behält jedoch ihren ökonomischen Wert.

Jeder weiß: Es kann nur so viel verteilt werden, wie vorher erarbeitet wurde. Allerdings bezieht sich diese Wahrheit auf das gesamte gesellschaftliche Produkt und nicht nur – wie unter kapitalistischen Eigentumsverhältnissen – auf die Summe, die vom Eigentümer für die Reproduktion der Arbeiter und Angestellten zur Verfügung gestellt wird.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass auch ein demokratischer, sozialistischer Staat nicht das gesamte gesellschaftliche Produkt als individuelles Einkommen verteilen kann, weil er sowohl die Fortsetzung und Erweiterung der Produktion gewährleisten als auch die sozialen Bedürfnisse der Gesellschaft ausreichend befriedigen und außerdem in Zukunftsprojekte investieren muss.

Unter Beachtung dieser Aufgaben muss die Höhe des notwendigen Produkts, d.h. die Summe der Reproduktionskosten aller Beschäftigten, demokratisch ermittelt und bestimmt werden, und zwar nicht – wie heute wieder in zunehmendem Maße – als Restgröße, sondern als eine wichtige Ausgangs- und Zielgröße der Volkswirtschaftsrechnung, damit das erreichte Niveau des gesellschaftlichen Wohlstands erhalten und weiter im Sinne einer solidarischen Gesellschaft erhöht wird.

Das, was heute unter »Arbeitsmarkt« verstanden wird, muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Prinzipiell muss der Mensch selbst

bestimmen können, was er im Rahmen der gesellschaftlich notwendigen Arbeit tut. Jedoch braucht es dazu eben auch Vermittlungen. Man könnte die Verhältnisse insofern umkehren, dass nicht der Bürger seine Arbeitskraft auf dem Markt »feilzubieten« hat, sondern dass eine staatliche Einrichtung in Abstimmung mit der Wirtschaft und anderen Bereichen den Bedarf an Arbeitskräften in der ganzen möglichen Vielfalt öffentlich bekannt macht, sodass sich die Individuen an diesen Angeboten orientieren und selbstbestimmt ihre Arbeitskraft entsprechend einbringen können. Das ist dann natürlich kein »Arbeitsmarkt« im heutigen Sinne mehr, sondern eine gesellschaftliche Institution, die den Einsatz des Einzelnen für die gesellschaftlich notwendige Arbeit vermittelt. Die Betriebe müssten sich also um die Arbeitskräfte bemühen (ähnlich wie in der DDR).

Eine solche institutionelle Vermittlung der Arbeitskräfte halte ich für unverzichtbar, wenn nicht der Überwindung des kapitalistischen »Arbeitsmarktes« anarchische Verhältnisse folgen sollen. Die Freiwilligkeit kann und sollte natürlich mit fachlicher Beratung verbunden werden. Selbstverständlich muss dann die Arbeitskraft, soweit sie im Prozess der gesellschaftlich notwendigen Arbeit eingesetzt ist, diesem Einsatz und ihrer Qualität entsprechend entlohnt werden, und zwar gerechter als bisher. Das heißt: Zwischen der eingesetzten und im Arbeitsprozess verbrauchten Arbeitskraft und dem Lohn muss wertmäßig eine äquivalente Beziehung bestehen. Das ist dadurch möglich, dass der Lohn anhand der Reproduktionskosten der Arbeitskraft, die ihren Wert ausdrücken, zu berechnen ist. Ausgehend von dem heutigen Tarifsystem, das im Prinzip bereits nach den (differenzierten) Reproduktionskosten der Arbeitskraft gestaffelt, durch den Druck des Unternehmerlagers jedoch von diesem Prinzip partiell weit abgedrängt worden ist, lässt sich nach neuen Berechnungen ein gerechtes Tarifsystem, das *alle* arbeitenden Menschen erfasst, aufbauen.

Diese institutionelle Vermittlung der Arbeitskraft behält natürlich formale Ähnlichkeiten mit dem »Arbeitsmarkt«, z.B. dadurch, dass bei der Abstimmung der Arbeitswünsche des Einzelnen mit den vorhandenen gesellschaftlichen Möglichkeiten oft auch Kompromisse eingegangen werden müssen. Sie ist jedoch grundsätzlich das Gegenteil des heutigen Arbeitsmarktes, denn sie hat die Aufgabe, auf

demokratische Weise eine gerechte Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit zu organisieren. Ausgangspunkt und Ziel dabei ist die Arbeitskraft und ihre Entwicklung und Erweiterung. Die Marktunterworfenheit der Arbeitskraft wäre damit tatsächlich abgeschafft, ihre Zugehörigkeit zum Reproduktionsprozess muss jedoch erhalten bleiben.

Mit dieser Umkehrung wäre »die Aufhebung des Warencharakters der Arbeitskraft« erreicht, »ohne ihre freie Bewegung einzuschränken und ohne sie von jeder produktiven gesellschaftlichen Verpflichtung zu entbinden«, wie es Brie als eine zu lösende Aufgabe für die Erneuerung des sozialistischen Projekts fordert. (Brie 2008: 49)

Natürlich wird eine hier skizzierte gesellschaftliche Wandlung der Stellung der Menschen zum Arbeitsmarkt nur als ein längerfristiger widersprüchlicher Prozess möglich sein. Dabei brauchen wir nicht bei Null anzufangen. Infolge der Widersprüche des Kapitalismus entwickeln sich im Verlauf des technischen Fortschritts auch neue Produktionsformen, die über das kapitalistische System hinausweisen. So entstanden in der Krise des fordistischen Arbeitsregimes neue Formen, wie die Beteiligung der Beschäftigten an der Arbeitsorganisation, die Übertragung von Verantwortung für das Produkt an die Arbeitskollektive und an einzelne Beschäftigte selbst.

Durch solche neuen Formen konnten sich Subjektivitätspotenziale und Elemente der Selbstorganisation und Selbststeuerung herausbilden, die das kapitalistische Unternehmen nutzen musste, die aber auch Voraussetzungen für den Übergang zu einer solidarischen Gesellschaft sind und dem »Warencharakter der Arbeitskraft« nicht mehr entsprechen.

Ein anderes Beispiel für Aktivitäten, die in kapitalistischen Unternehmen stattfinden, aber gleichzeitig über den Kapitalismus hinausweisen, ist das Projekt des DGB »Gute Arbeit«. Mit diesem Projekt werden die Arbeitsbedingungen in Unternehmen unter dem Gesichtspunkt untersucht, wie weit sie menschlichen Bedürfnissen und Ansprüchen entsprechen. Das geschieht unter ständiger Einbeziehung der Beschäftigten selbst. Das Ziel ist, die Arbeitsbedingungen in Deutschland kontinuierlich zu bestimmen und sie für alle Beschäftigten menschenwürdig zu gestalten. Konsequenterweise wird dieses Projekt nur im Konflikt mit dem Kapital vorankommen, es be-

reitet aber Arbeitsbedingungen vor, wie sie in einer sozialistischen Gesellschaft notwendig sind.

Derartige Aktivitäten tragen gleichzeitig dazu bei, dass die Beschäftigten lernen, ihre eigene Arbeitstätigkeit und ihr Arbeitsumfeld besser zu beherrschen und gesellschaftliche Zusammenhänge besser zu verstehen. Auch dieser Lernprozess ist eine bedeutende Voraussetzung für eine Ökonomie der Arbeit.

»Der Dreh- und Angelpunkt sozialistischer Politik heißt Annäherung an das Wissen über die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge und Umsetzung dieses Wissens in politische Macht und entsprechende Entscheidungen und Bildung und Ausbau von Institutionen, die diese Entscheidungen umsetzen und regeln (mit Institutionen sind generalisierte Regulierungen der Arbeits-, Güter- und Finanzmärkte gemeint, bezogen auf die Arbeitsmärkte meint das dann Tarifvertragssystem, Sozialversicherung, Mitbestimmung).« (Wendl 2010: 38)

Es sollte auch schon heute die Arbeitskraft stets in ihrer Einheit von schöpferischer Kraft des Menschen und Träger von ökonomischem Wert betrachtet und dargestellt werden. Das erfordert, in der Arbeitskraft das anzuerkennen, was sie wirklich ist: die materielle Grundlage der Persönlichkeit und eine spezifische Wertform, die nicht mit der Ware gleichgesetzt werden darf. Ihr Einsatz in der gesellschaftlich notwendigen Arbeit und ihr Austausch mit Geld nach ihrem ökonomischen Wert ist ein starkes, materielles Band, welches das Individuum mit der Gesellschaft verbindet.

Als erster Schritt zu einer gerechten Verteilung wäre notwendig, das noch vorhandene Tarifsysteem weitgehend zu vereinheitlichen und in allen Wirtschaftszweigen und -bereichen, auch im Dienstleistungssektor und in der Verwaltung, durchzusetzen, wozu die Durchsetzung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohnes gehört. Jeder Schritt vorwärts in dieser Richtung, den die Gewerkschaften versuchen zu erzwingen, verdient die vorbehaltlose Unterstützung aller Linken.

Die heute noch außerhalb (oberhalb) der bestehenden Tarife gezahlten Gehälter an Manager und andere leitende Personen müssen abgeschafft und dafür die Tarifabellen etwas nach oben erweitert werden. Gerechtigkeit kann es nur geben, wenn alle Erwerbstätigen nach einheitlichen Regeln auf der Grundlage des Wertes der Arbeitskraft entlohnt werden.

Weitere Schritte sehe ich in der in bestimmten Abständen (evtl. im Fünfjahresrhythmus) zu erfolgenden öffentlichen Überprüfung der einzelnen Tarifstufen und einer immer weiteren Vereinheitlichung der zahlreich existierenden unterschiedlichen Tariftabellen, sodass am Ende ein demokratisch erarbeitetes, die ganze Gesellschaft umfassendes Tarifsystem mit nur wenigen Tariftabellen nach einheitlichem Maßstab entsteht, das so überschaubar und verständlich wird wie z.B. heute die Straßenverkehrsordnung, an die sich normalerweise jeder Bürger hält, weil er die festgelegten Regeln als notwendig anerkennt.

Mit der Anerkennung des Wertes der Arbeitskraft und des auf diesem Wert beruhenden einheitlichen Tarifsystems werden die Verteilungsverhältnisse für jedermann durchschaubar. Damit wird auch die demokratische Teilnahme der Bürger an der Erarbeitung und ständigen Weiterentwicklung des Systems möglich und allmählich ein Übergang vom Maßstab der Ökonomie des Kapitals (Rendite, Profit) zum Maßstab der Ökonomie der Arbeit (Entwicklung der Arbeitskraft) erreichbar.

Mit der Steigerung des Wertes der Arbeitskraft ist nicht gemeint, dass auf unabsehbare Zeit der Wert der Arbeitskraft immer weiter steigen müsse. Es geht nicht um einfache Erhöhung des Erwerbseinkommens, sondern auch gleichzeitig um Vereinheitlichung der Löhne und Tarife; mit der allgemeinen Erhöhung des Bildungsniveaus auch um Anhebung der unteren Einkommen, Überwindung von ungerechtfertigten Unterschieden usw.

Gleichzeitig mit einer allmählichen relativen Angleichung der individuellen Einkommen wird sich der gesellschaftliche Wohlstand, das Kultur- und Bildungsniveau, Forschung und Entwicklung auf allen Gebieten, Gesundheitswesen und Sport, die Fürsorge für die Kinder sowie für alte und kranke Menschen, ein rationelles und umweltfreundliches Verkehrssystem usw., aber auch die Hilfe für ärmere, rückständige Länder bedeutend entwickeln müssen. Die Menschen werden sich dadurch verändern. Vielleicht gibt es einmal eine Zeit, in der alle Menschen alles haben können, aber nicht mehr alles haben wollen, in der sie sorgsam mit den erarbeiteten Werten umgehen und lernen, dass ihre Beziehungen zum anderen Menschen ihr größter Reichtum sind (Marx), in der vor allem das friedliche Zusammenle-

ben der Menschen und der Nationen bzw. der Völker selbstverständlich geworden ist. Im Zuge der Förderung dieses gesellschaftlichen Wohlstands würde der Wert der individuellen Arbeitskraft möglicherweise allmählich an Bedeutung verlieren.

Doch das sind Zukunftsfragen, von deren Aktualität wir heute noch weit entfernt sind.